

Die „Freiheit“ erscheint morgens aus nachmittags, Sonntags und Montags...

Die abgesetzten Kompositionen aber deren Namen außer 1.- 11. einjährig...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Rüstungen der Reaktion

Die Vorgänge in Oberschlesien haben den klaren Nachweis erbracht, daß die Orgesch ein Gebilde ist, das der Republik noch sehr gefährlich werden kann.

Wenn also jetzt immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Regierung ihren Verpflichtungen, die sie durch das Ultimatum übernommen hat, nachgekommen sei...

Im Kreis Uelzen, dem Nachbereich des Herrn Noske, hat sich die Orgesch in einen Verband umgewandelt, der den Namen „Wehrwolf“ trägt.

Was in Uelzen und Salzwehel vorgeht, ist keine Ausnahme. Nach diesem Muster wird gegenwärtig überall in Deutschland gearbeitet...

Auch die Waffenverschiebungen mehrten sich. So wurde auf dem Bahnhof in Rohlfurt am 15. Juli ein heilighausener Güterwagen angehalten.

nicht vorhanden, sondern nur ein Begleitschein ohne Inhaltsangabe des Transportes. Es handelt sich um den Waggon Reckenburg Nr. 1741 mit dem Abgangsort Schottwitz...

Selbstschutzorganisationen, die sich der Auflösungsverordnung widersetzen, befinden sich in Sagan, Sorau, Sommerfeld, Liegnitz und Görlitz.

Ein weiteres Beispiel: In der Nacht vom 7. zum 8. Juli 1921 wurde der Panzerwagen Brüssel A 80 424 von dem Rangierpersonal des Bahnhofes Falkenberg, Bez. Halle, als verdächtig angehalten.

Wir betonen, daß wir für die hier vorgetragenen Behauptungen jederzeit die Beweise erbringen können. Bezeichnend ist, daß das „Berliner Tageblatt“ sich in letzter Zeit berufen fühlt...

Die Invalidenversicherung und der Reichstag

Von August Karsten-Feine

Unter den vielen Gesetzen, die der Reichstag in den letzten Tagen vor den Ferien Hals über Kopf verabschiedete, befindet sich auch eine Novelle zur Invalidenversicherung.

Der Reichstag hatte schon Ende vorigen Jahres von der Regierung eine Vorlage verlangt, die eine Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung vorsah.

Diesen Beitragserhöhungen und den Verbesserungen gegenüber stehen auch Verschlechterungen. Die Rentenzulagen von insgesamt 848 M. jährlich sollen zwar den Rentnern (d. h. die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Invalide gewordenen) weiter gezahlt...

Wirths Rücktrittsdrohung Eine englische Stimme

Die diplomatische Korrespondenz des „Daily Chronicle“ schreibt zu dem Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Wirth: Ein solches Ereignis würde von den alliierten Regierungen nicht als vorteilhaft angesehen werden.

Die Leipziger Urteile

Savas meldet aus London: Im Unterhause erklärte in Beantwortung verschiedener Anfragen von Abgeordneten über die Leipziger Urteile der Generalstaatsanwalt...

vorläufig von der britischen Regierung ausgewählt seien, sondern sei, und daß die Frage der einzunehmenden Haltung genau von den Alliierten geprüft werden würde.

Rußlands Handel

Das Dampfschiff Brann von 3200 Tonnen ist für 32 000 Pfund Sterling von Norwegen an Rußland verkauft worden. Rußland hat außerdem 20 andere Fahrzeuge gekauft...

Tschechisch-polnische Handelsvertragsverhandlungen. Der tschechische Handelsminister wird in Warschau in den nächsten Tagen eintreffen, um mit der polnischen Regierung wegen eines Handelsvertrages zu verhandeln.

Was sagte nun der Reichstag zu all den Dingen? In zwei überhafteren Kommissionssitzungen wurde die Vorlage beraten.

Table with 3 columns: Klasse, Jahresarbeitsverdienst, Wochenbeitrag

Die Steigerungslöhe und die Leistungen der Versicherungsanstalten für Altersrenten wurden folgendermaßen festgesetzt:

Table with 3 columns: Klasse, Steigerungslöhe, Altersrentenbeitrag

Die Verschlechterung, daß Krankheitswochen künftig als Beitragswochen 1. Klasse gelten sollten, wurde gestrichen; gestrichen überhaupt wurde die Bestimmung, daß die Robilitations- und Kriegszeiten in kommender Zeit als Beitragswochen gelten.

gestrichen, der Unfallrentenempfängern die Invalidenrente vorzuziehen. Diese beiden letzten Änderungen geschahen auf Antrag der Unabhängigen. Ein Antrag der S. P. D. wurde noch angenommen, der den Teilnehmern am Weltkrieg die Zeit militärischer Dienstleistungen als Beitragswochen 2. Klasse anrechnet, während ein Antrag der U. S. P. abgelehnt wurde, der auch für die verfloßene Zeit den Versicherten die Zeit als Beitragswochen 2. Klasse anrechnen wollte, die sie nachweislich krank und arbeitsfähig waren.

Der Zustand ist nunmehr so, daß die Militärwochen während des Krieges bei der Berechnung der Rente mit 30 Pfg. Steigerungsjahr zur Geltung kommen. Wenn jemand erkrankt war, bekommt er nur 1. Klasse mit 10 Pfg. Steigerungsjahr, und wenn jemand Marken geklebt hat während des Krieges, so bekommt er im höchsten Falle 12 Pfennig Steigerungsjahr.

Das sind alle Änderungen an der Regierungsvorlage. Nicht etwa, daß nicht mehr Anträge und Wünsche vorhanden waren. Unsere Genossen hatten in der Kommission und im Plenum Anträge gestellt, die den Rentnern wenigstens geringe Lebensmöglichkeiten geboten hätten. Die S. P. D. hatte auch einige Anträge gestellt, diese aber gleich bei Beginn der Beratungen in der Kommission wieder fallen gelassen. Sie haben alles für den kommenden Herbst „aufgehoben“.

Um sich klar zu werden, was man den Invaliden, Alten, Witwen und Waisen heute zumutet, muß man die Renten betrachten. Eine Invalidenrente beträgt heute im Durchschnitt 16 bis 17 Mark pro Monat. Für jedes versorgungsberechtigte Kind wurde ein Zehntel der Rente mehr gezahlt. Zu den Renten gab es monatlich 70 M. Zulage. Ein Invaliden mit Frau und einem Kinde erhielt bisher durchschnittlich 85 bis 90 M. im Monat. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß Invalidenrente nur derjenige erhält, der nicht mehr in der Lage ist, ein Drittel von dem zu verdienen, was Personen gleichen Alters, Standes usw. verdienen. Und dann mit 90 M. im Monat auskommen!

An diesem Zustand wird durch die neue Gesetzgebung nichts, rein gar nichts geändert. Alle die Invaliden, Witwen, Waisen, Alten, erhalten nicht einen Pfennig mehr. Was an Leistungserhöhung vorgesehen ist, das kommt denen zu Gute, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes leistungsberechtigt werden. Aber was haben diese Rentner in der nächsten Zeit durch das neue Gesetz? Ebenfalls nichts! Die Leistungen erfolgen auf Grund der gezahlten Beiträge. Die bisher gezahlten Beiträge werden nach den alten Sätzen berechnet. Also die Beitragsmarke mit 3, 6, 8, 10 oder 12 Pfg. Steigerungsjahr für die Invalidenrente, und mit 60, 90, 120, 150 oder 180 M. die Gesamtbeitragsleistung für die Berechnung des Anteils der Versicherungsanstalt an der Altersrente.

Erst wenn Marken geklebt worden sind, die das neue Gesetz vorsteht und wenn eine nennenswerte Zahl geleistet worden ist, erst dann leistet das Gesetz etwas. Darüber müssen aber notwendiger Weise Jahre vergehen; in jeder Woche ist ja nur eine solche neue Beitragsmarke zu bewerten. Um nur den Vorteil nicht wirken zu lassen, der durch die Verringerung des Grundbetrages entsteht, sieht das Gesetz vor, daß für die Rentner statt 840 M. nur 600 M. Zulagen gegeben werden. Auf der einen Seite gibt man, auf der andern nimmt man es wieder.

Die Kinderzulagen für die Rentner werden um etwas erhöht. Bei drei Kindern beträgt die Zulage 216 M. im Jahre. Monatlich etwa 15 oder 16 M. mehr. Das ist auch der einzig sofort wirksame Vorteil für die Invalidenrentner. Ein Vorteil, der indes nur wenigen zugute kommt, weil Invalidität glücklicherweise in der Mehrzahl der Fälle Versicherte höheren Alters betrifft, die Kinder unter 15 Jahre nicht mehr haben.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist die Hoffnung von über einer Million Rentenempfänger zu Schanden geworden. Sie hatten zuletzt noch auf den Reichstag gehofft, als die Regierung einen Entwurf vorgelegt hatte, der nichts enthielt um den trostlosen Verhältnissen der Rentner zu steuern. Der Reichstag hat die Invaliden im Stich gelassen. Er ist damit auch wortbrüchig

geworden. Am 18. Dezember 1920 wurde im Reichstag aus Anlaß der damaligen geringen Erhöhung der Rentenzulagen, nachdem die Fraktion der U. S. P. von der Regierung eine Milliarde verlangte zur Hebung der größten Not der Rentner, den Invaliden durch den Abgeordneten Dr. Moldenhauer folgendes Versprechen gemacht:

Wir erklären, daß der vorliegende Entwurf sicher nicht unsere Wünsche und die Wünsche der Sozialrentner befriedigt. Wir wissen, daß es nur ein erster Versuch zur Linderung der größten Not ist, daß die Frage damit nicht gelöst ist, sondern daß wir unmittelbar nach Wiederzusammentreten des Reichstages neue Wege suchen müssen, um hier endlich Linderung aus der großen Not zu schaffen.“

Dr. Moldenhauer gab diese Erklärung im Auftrage aller bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Partei ab. Den hungernden Invaliden, den Witwen und Waisen wurde also versprochen, daß ihnen sofort weiter geholfen werden soll. Jetzt ist ein halbes Jahr her, das Weihnachtsversprechen ist nicht erfüllt. Und dieser Wortbruch ist um so schlimmer, da der Reichstag zu helfen Gelegenheit hatte bei der Beratung dieses Gesetzes.

Wie verlegen die Ausreden sind, die von den Gegnern der Rentenerrhöhungen vorgebracht wurden, darüber nur ein Beispiel. Die Regierung hatte den Entwurf erst am 30. Juni dem Reichstage zugelegt. Dieser späte Termin wird als Vorwand benutzt und erklärt, es sei nicht mehr möglich gewesen, eingehend die Frage zu besprechen. Dabei waren noch 8 Tage Zeit zur Verfügung. Und wenn der gute Wille vorhanden gewesen wäre, hätte schon noch zum mindesten eine Erhöhung der Zulagen gemacht werden können.

Wir werden in einem zweiten Artikel darlegen, welche Möglichkeiten zur schnelleren Hilfe für die Rentner vorhanden gewesen wären.

Die Handlanger der Reaktion

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilte kürzlich mit, daß der Oberpräsident Hürsing sich jetzt nicht mehr darauf beschränkt, die kommunistischen Amtsvorsteher in der Provinz Sachsen zu entfernen, sondern daß er noch weiter gehe. So sei der Amtsvorsteher Winkler in Köstlin, der der U. S. P. D. angehöre, von seinem Posten entfernt worden, ebenso der Amtsvorsteher Kramer in Gehofen, der keiner Partei angehöre. Ausgesprochene Reaktionäre seien mit der Vertretung der beiden entlassenen Amtsvorsteher beauftragt worden. Das Vorgehen Hürsings entspricht durchaus den Wünschen, die die preussischen Reaktionäre der Regierung übermittelt haben und von deren Erfüllung sie ihre Stellung zur Regierung Stegerwald-Dominicus abhängig machten. Es ist daher auch erklärlich, wenn jetzt die preussische Regierung dem Oberpräsidenten Hürsing beibringt und für seine Maßnahmen eine Begründung liefert. Diese Begründung ist für den Kurs, der gegenwärtig in Preußen gesteuert wird, so charakteristisch, daß sie wörtlich wiedergegeben werden muß! Hier ist sie:

Nach dem vom preussischen Ministerium des Innern angestellten Ermittlungen hat sich, wie den U. S. P. D. von zuständiger Seite mitgeteilt wird, Amtsvorsteher Winkler öffentlich zur kommunistischen Partei bekannt, während gegen Amtsvorsteher Kramer auf Grund seines bisherigen Verhaltens begründeter Verdacht besteht, daß auch er Kommunist sei. Gegen beide ist deshalb das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden. Eine Vertretung der beiden vom Amt vorläufig entbundenen Amtsvorsteher durch ihre gesetzlichen Stellvertreter kam nicht in Frage, weil diese selber wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ihres Amtes vorläufig entbunden werden mußten. Die Stellvertretung konnte daher nach den gesetzlichen Vorschriften nur den anderen Amtsvorstehern übertragen werden. Diese beiden Herren sind aber keine Reaktionäre, sondern Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.“

Hierzu ist nun folgendes festzustellen: Der preussische Innenminister, Herr Dominicus, hat leihthin durch einen Erlaß verfügt, daß kommunistischen Amtsvorstehern unter allen Umständen die Bestätigung verweigert werden müsse. Im preussischen Landtag deswegen zur Rede gestellt, hat Herr Dominicus seinen Erlaß verteidigt, allerdings mit der Ein-

schränkung, daß er gegen die Bestätigung von Kommunisten nur dann sei, wenn sie auf einen Posten gestellt würden, der ihnen politische Befugnisse gebe. Im übrigen habe er nichts dagegen, Kommunisten mit öffentlichen Ämtern zu beauftragen; sie könnten in untergeordneten Positionen nur dazu beitragen, den Widerstand ihrer Theorien durch praktische Arbeiten darzulegen. Und daß sei vom Standpunkte des Staates aus zu begrüßen.

Wie wir jetzt sehen, gehen die Pläne der preussischen Regierung viel weiter. Es genügt schon der bloße Verdacht, mit der kommunistischen Partei zu sympathisieren, um einen Amtsvorsteher von seinem Posten zu entfernen oder ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten. Die Bestätigung wird zum Verbrechen! Das ist königlich preussischer Polizeigeist in Reinkultur. Wenn der bloße Verdacht maßgebend für eine Entlassung wird, dann wird dem Denunziantentum Tür und Tor geöffnet, dann werden den unabhängigen Amtsvorstehern bald die rechtssozialistischen Folgen, und es wird gar nicht lange dauern, und die preussische Verwaltung ist reingelegt von allem, was noch nach Revolution und Republik ansieht.

Die Handlanger der Reaktion in Preußen verstehen es vortrefflich, sich bei ihren Auftraggebern beliebt zu machen. Und noch nie seit der Revolution hat die preussische Reaktion so gefügige und unterwürfige Handlanger gehabt als unter der neuen preussischen Regierung.

Die Demokraten zum Reichsschulgesetz

Die führenden Körperschaften der demokratischen Partei haben Richtlinien zum Reichsschulgesetz beschlossen, in denen die Gemeinschaftsschule im Sinne der Verfassung als die einzige Schule bezeichnet wird, deren Besuch für alle Kinder des Volkes angeordnet werden kann, ohne einen Gewissenszwang auszuüben. Ferner heißt es in den Richtlinien:

Der Reichsschulgesetzentwurf gibt weder ihrem inneren Charakter recht, noch wagt er ihre Stellung als Grundschule unseres gesamten Schulwesens. Einigen der Reichspermissiven geht es durch sein ganzes Verfahren die Gemeinschaftsschule tatsächlich hinter die Sonderschulen zurück; insbesondere dadurch, daß er die Sonderschulen ohne Antrag und Anmeldung ermöglicht, die Gemeinschaftsschule dagegen an ausbräuliche Anmeldung bindet, macht er für weite Teile Deutschlands die Ausnahme zur Regel und die Regel zur Ausnahme. Dadurch trägt er einen unheilvollen, sich immer wiederholenden Kulturkampf in die Gemeinden hinein, spaltet die deutsche Volksgemeinschaft bis in die tiefste Wurzel und bringt eine Zersplitterung unserer Volksschule hervor, die gleichzeitig ihre Kosten erhöhen und ihre Leistungsfähigkeit herabsetzen muß. Die Deutsche Demokratische Partei arbeitet im Sinne ihrer Grundzüge mit an dem Gesetz zur Ausführung des Artikels 146, Absatz 2 der Reichsverfassung. Gestützt auf Wortlaut und Geist der Verfassung stellt sie dabei folgende Forderungen:

1. Die Gemeinschaftsschule ist die normale deutsche Volksschule. Sie ist als Regelschule zweifelsfrei festzulegen. Sie tritt mit Erlaß des Gesetzes für alle Schulgemeinden in Wirksamkeit. 2. Die Gemeinschaftsschule ist im Reichsschulgesetz nach den ausgeführten Grundzügen in ihrem inneren Wesen deutsch zu charakterisieren. Sie muß als Fortsetzung der bisherigen Simultanschule klar in Erscheinung treten. 3. Sonderschulen (Bekanntmachungsschulen und Bekennerschulen) sind nur auf besonderen Antrag der Erziehungsberechtigten in den Grenzen der Verfassung zuzulassen. 4. Der Einheitschulgedanke hat den Sonderschulwünschen immer insoweit vorzugehen, daß die Sonderschulen das Schulwesen der Gemeinde nicht zersplittern und keinen Aufbau und keine Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen dürfen.“

Wenn auch die Schulpolitik der Demokraten weit davon entfernt ist, unsere Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens zu verwirklichen, so trifft diese Kritik doch den Kern des vorliegenden Reichsschulgesetzes so sehr, daß von dem Gesetzentwurf überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Es haben sich nun nahezu alle interessierten Kreise und politischen Strömungen mit sehr ernsthaften Bedenken gegen das Reichsschulgesetz gewandt. Einverstanden sind lediglich die Akerikalen, denen natürlich die vom Reichsschulgesetz geforderte Bekennerschule ein gesundes Pflänzchen ist. Aber sie allein genügen natürlich nicht, um das Gesetz zur Annahme zu bringen. Also Papierkorb!

Ein Manifest französischer Jugend

Vorbemerkung: Französische Zeitungen veröffentlichen den folgenden Aufruf junger französischer Intellektueller. Frankreich, die Heimat wirklich revolutionärer Geister, ist schon während des Krieges mit dichterischen und manifestartigen Aufrufen zur Erneuerung aller Länder vorausgegangen. Auch heute steht es noch an der Spitze, und auch heute steht Deutschland noch an letzter Stelle. Wir begrüßen den folgenden Aufruf, der uns klar zeigt, daß in Frankreich eine junge Generation inbrünstig danach strebt, die Welt zu erneuern. Von besonderem Werte ist, daß dieser Aufruf nicht Straßen- und Zeitungskläm sucht, sondern ernstes, inneres Bemühen um das zur Erneuerung der Welt notwendige Wissen. Während die „Clarté“ ein Anhänger der 3. Internationale geworden ist, sucht die neue Vereinigung „Effort“ (Die Überwindung) innere Unabhängigkeit, und sie verpflichtet ihre Anhänger zu nichts anderem als zu den unten folgenden allgemeinen Grundzügen, die echt sozialistischer Geistes sind.

Der Krieg hat bankrott gemacht. Er hat uns eine neue Welt, von besseren Menschen bewohnt, versprochen. Er hat uns die alte Welt wiedergegeben, verschlechtert, aus dem Gleichgewicht gebracht, an allen Ecken und Enden zerrüttet. Er hat uns die alten Menschen wiedergebracht in ihrer Ohnmacht, in Ermüdung, in Entmutigung über die unnütze Kraftprobe.

Aber er hat diese tiefen Folgen rechtzeitig: er hat zunächst all die Fragen, die langsam im Laufe der beiden letzten Jahrhunderte aufgetaucht sind, und die in enger Verknüpfung miteinander ein einziges Problem bilden, hart an die Entscheidung herangeführt.

Die Verwirrung der Zustände entspringt der Verwirrung der Ideen

Zweitens hat der Krieg alle Werte aus dem Gleichgewicht gebracht, die einen vernichtend, die andern in die Höhe schneidend. Glaubensüberzeugungen, Traditionen, Autoritätsbegriffe, Dogmen haben sich als unberechtigt, falsch oder der Stelle, an der sie standen, unangemessen erwiesen. Aus dieser Anarchie der Ideen stammt die Anarchie im Alltagsleben, der man nicht mehr Herr werden kann. Und aus allen Überzeugungen, die in den sozialen Kämpfen gegeneinander aufstehen, immer Einzelinteressen oder Klasseninteressen schlicht verkehrend, ersticht eine einzige Kraft: das Gewissen, und eine einzige Autorität: die Vernunft.

Die Hoffnung der Jugend

Der vernichtende Kampf hat schließlich eine ungeheure vorzügliche Energie, einen neuen Geist erstehen lassen, der seinerseits aus den Schreden des Kampfes hervorgegangen ist. Dieser

Geist, schlichtes und noch unklares Streben nach einer besseren Welt, ist der Geist einiger seltenen Männer und der neuen Jugend.

Denn der Krieg ist einer ganzen Generation zum Erzieher geworden, die aufwuchs, als unter den Völkern die feste Zuversicht auf eine Zeit des Friedens und der Billigkeit fehlte. Aber während dieses gemeinsamen Streben für die Menschen der älteren Generationen nur einen unklaren Idealismus darstellte, der sich mit Skeptizismus und Indifferenz abzustimmen hatte, ist es für die Jugend Grundlage ihrer geistigen Erziehung, Grundzug ihrer Geistesrichtung geworden.

Enttäuschung und Verwirrung

Auch diese Jugend hat tief unter der Enttäuschung, die der Frieden brachte, gelitten. Angesichts des Zusammenbruchs ihrer Hoffnungen, angesichts der Rückkehr der alten Dogmen haben sie nach und nach ihr Orientierungsvermögen verloren, sind sie zu Lammengedanken geworden. Nicht nur waren die Versprechungen, die während des Kampfes gegeben wurden, nicht erfüllt, die Jugend, begierig zu handeln, hat darüber hinaus nur eine Welt der Krisen gefunden, durch Haltlosigkeit und Übergangszustände gekennzeichnet, deren Ideen und Prinzipien nicht weniger verwirrt als die Zustände selbst sind.

Aber während die älteren Generationen die Rückkehr dieses Zustandes als etwas Gegebenes annehmen, sich damit zufriedengeben und sich daran ankrampfen, während sie vergessen, daß der Zusammenbruch aus dem Zusammenbruch der herrschenden Prinzipien, die eben den Zusammenbruch hervorriefen, herrührt, will die Jugend auf ihre Hoffnung nicht Verzicht leisten. Mit ganzem Herzen strebt sie danach, diese neue Ära, die sich in den Wollen zeichnet, zu verwirklichen. Wie aber eine neue Tätigkeit in die Bahn lenken? Von welchen Problemen ausgehen? In welchem Sinne sie lösen?

Erste und beste Tätigkeit: das Studium

Auf den in Verwirrung geratenen Ideen und den schlecht untersuchten Tatsachen weiterzubauen, hieße das systemlose System, gegen das sich die Jugend auflehnt, verewigen. Den Tätigkeitsrang austoben, ohne vorher nachgedacht zu haben; aufs Geratewohl die sogenannten sozialen Notwendigkeiten annehmen, ohne sie vorher freier Kritik unterworfen zu haben; sich irgendeinem Fanatismus anheimgeben, nur um dem körperlichen Bedürfnis nach unmittelbarer Bewegung genugzutun, all das wäre weit entfernt von jener reinen Herrschaft der Vernunft, zu der sich die Jugend über die Wirklichkeit hinaus als einzigen Stützpunkt bekennt.

Was einerseits die Verwirrung der widersprechenden Theorien und andererseits der gebieterische Wahrheitsdrang fordert, ist: das Studium

Ein internationales Ideenlaboratorium

Das ist das Werk, zu dem „L'Effort“ die internationale Jugendgruppe, die willenskräftige Jugend aufruft. Sie vereinigen sich im Bekenntnis zu einigen wenigen Grundzügen, die keine politischen Formeln sind, sondern Ueberzeugungen, ohne die ihrer Meinung nach ein praktisches Streben auf Grund freier Erörterung nicht fruchtbar werden kann. Ihr Ziel ist, die jungen geistigen Energien zu vereinen, um auf Grund eines Studiums der internationalen und sozialen Fragen eine richtige Anschauung der Probleme des Tages, ihres Wertes und ihrer möglichen Lösungen ebenso wie eine Summe klarer und geordneter Ideen zu gewinnen.

Um das zu erreichen, gehen sie daran, eine Anzahl von Untersuchungen und gemeinsamen Studien ins Werk zu setzen mittels Bildung von Gruppen, die auf verschiedene Zentren Europas verteilt sein werden, um einer Zentralgruppe in Paris, deren Ausgabe es sein wird, zunächst den lokalen Vereinigungen Ordnung und Plan der Studien vorzuschreiben und später die so gewonnenen Resultate zur Kenntnis zu führen.

In der Erwägung, daß vor jeder Propaganda die Durcharbeitung der Ideen unumgänglich ist, wird der „Effort“ ohne Unterschied der Nationalität, des Standes oder des bestimmten Strebens all die jungen Leute, die das gegenwärtige Manifest und die leitenden Grundzüge, die im Anschluß daran mitgeteilt werden, anerkennen und die sich nun eben aus Werk des Nachforschens und der unparteiischen Gemeinschaftsarbeit machen wollen, vor ihre Aufgabe stellen. Der „Effort“ wird deshalb, abgesehen von der Veröffentlichung dieser Arbeiten, keinerlei Propaganda ins Werk setzen. Seine Mitglieder werden ihre volle politische Freiheit wahren, und das Komitee wird in keiner Weise die Verantwortung ihrer persönlichen Taten oder Schriften übernehmen; seine Verantwortung wird sich auf die offiziell in seinem Namen herausgegebenen Veröffentlichungen beschränken.

Jean Duhalde; René Boule; Philippe Crouzet; Oscar Paul Gilbert; Gabriel E. Monod-Herzen; Jacques Kels; Pierre de Saint-Priz; Gaston Vallant.

Grundgesetze des Zusammenschlusses

1. Glauben an einen Fortschritt im Hinblick auf die gemeinschaftliche Entwicklung der Geistesrichtungen und der Gewissensüberzeugungen im Hinblick auf einen höher gearteten Idealismus.
2. Ueberzeugung, daß dieser Fortschritt sich nur in einem Organismus vollziehen kann, der aus beste sowohl die Fähigkeiten der Gemeinschaft wie der Einzelnen auszunutzen versteht.

Opposition im Unterhaus

London, 19. Juli.

Im Unterhaus wurde von einem Abgeordneten der Regierungspartei ein Antrag eingebracht und trotz des Widerspruches der Regierung vom Hause verabschiedet, nachdem er von Asquith unterstützt worden war. Der Antrag bestimmt, daß Ausgaben, welche auf gemeinnützige Geschäfte erhoben werden, nicht auf Gewinne und Ueberschüsse zur Anwendung kommen sollen, die sich aus den Geschäften ergeben, die gemeinnützige Gesellschaften mit ihren Mitgliedern tätigen. Als das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wurde, brach die ganze Opposition in heftigen Beifall aus, der mehrere Minuten dauerte. Als dann der Vizepräsident die Beratung eines anderen Antrages beginnen wollte, stellte der Abgeordnete Maclean die Geschäftsordnungsfrage und wies darauf hin, daß es üblich sei, nach jeder Niederlage der Regierung bei ihr anzufragen, ob sie die Absicht habe, die auf der Tagesordnung stehenden Beratungen fortzusetzen. Chamberlain antwortete darauf: Wir haben die Absicht, die Beratungen fortzusetzen. Darauf schrien die Abgeordneten der Opposition: Zurücktreten, zurücktreten! während die Anhänger der Regierung Chamberlain Beifall spendeten. Es verging etliche Zeit, bis Ruhe eintrat. Zum Schluß der Sitzung machte die Opposition einen vergeblichen Versuch, den Rücktritt der Regierung zu erzwingen. Chamberlain wies darauf hin, daß die Niederlage der Regierung angesichts des Gegenstandes der Beratung ganz bedeutungslos sei, und daß die Kammer sicherlich nicht die ausgesprochene Absicht gehabt habe, eine Niederlage der Regierung herbeizuführen. Es handelte sich um einen ganz gewöhnlichen Zufall. Immerhin wäre es sehr geboten, fuhr Chamberlain fort, daß solche Zufälle sich nicht allzu häufig wiederholten.

Die bürgerlich-sozialistische Koalition in Lettland

Spaltung in der lettischen Sozialdemokratie

Aus Riga wird uns geschrieben: Die reaktionäre Ullmann-Regierung, die bemüht war, in Lettland ungarische Zustände zu schaffen, hat vor kurzem infolge eines Misstrauensvotums der Konstituante demissioniert. Den Grund dazu gab ein Verstoß des Kabinetts gegen das Agrargesetz. Dies zwang sogar die regierungstreue Bauernpartei Lettlands, mit den Sozialdemokraten gegen die Regierung zu stimmen. Um die Rückkehr der reaktionären Clique ans Staatsruder zu verhindern, sah sich die sozialdemokratische Parteileitung genötigt, für eine Koalition mit den demokratischen Parteien unter gewissen Bedingungen einzutreten. Sie unterbreitete den bürgerlichen Parteien ein Aktionsprogramm, welches die Arbeiterinteressen vertrat, die Demokratie im Lande sicherte und baldige Parlamentswahlen voraussetzte. Doch die Verhandlungen scheiterten, weil die Bürgerlichen vor den radikalen Forderungen der Sozialdemokratie Angst bekamen. Darauf schloß die rechte Flügel der Partei — der schon lange halb-opportunistische Tendenzen und eine gewisse Sehnsucht nach der Zweiten Internationale geäußert hatte — ohne Wissen der sozialdemokratischen Fraktion und der Parteileitung separate Verhandlungen mit den bürgerlichen Fraktionen an.

Natürlich war den bürgerlichen Parteien die Koalition mit den Rechtssozialisten viel annehmbarer, und das neue Kabinett mit dem früheren Außenminister Meizowich als Ministerpräsidenten wurde in einigen Tagen zusammengelehrt. Dem neuen Kabinett gehören die Rechtssozialisten Salnajs, Dukurs, E. Osolin und Holzmann an, doch zwei Drittel des Kabinetts bilden die Vertreter der bürgerlichen Parteien, wobei der konservative Bauernbund die verantwortlichsten Posten — Aeußeres, Inneres, Finanzen, Verkehr — innehat. Die rechtssozialistische Gruppe kann sich nicht auf die lettischen Arbeitermassen stützen. Daher ist es kaum anzunehmen, daß das neue Kabinett radikale Umgestaltungen auf ökonomischem und politischem Gebiete vorzunehmen vermag.

Die 17 Abgeordneten der Konstituante und die beiden Mitglieder des Zentralkomitees, die die Koalitionspolitik, entgegen den Beschlüssen des Zentralkomitees und unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen angenommen haben, sind vom Zentralkomitee aus der Partei ausgeschlossen worden. Nur wenige Mitglieder schieden mit ihnen aus der Partei aus. Eine ernste Spaltung ist in der Partei nicht eingetreten. Keine

einzig Parteilorganisation hat sich den Rechtssozialisten angeschlossen, und die in diesen Tagen stattgefundenen Besprechungen haben mit erdrückender Stimmenmehrheit den Schritt der Rechtssozialisten verurteilt und von den ausgeschlossenen Abgeordneten die Niederlegung der Mandate gefordert. Von den 58 sozialdemokratischen Abgeordneten sind in der alten Fraktion 41 verblieben, mit den Genossen A. Sulchewitz, Paul Kalnin, J. Mender und A. Rudewicz an der Spitze. Die leitenden Kräfte der Gewerkschaftsbewegung bleiben der alten Partei treu, und auch die ganze Parteipresse ist in ihren Händen geblieben. Die Ausschlossenen haben eine neue Partei unter dem Namen „Rechtswewiki“ gebildet, was einen unerhörten Mißbrauch dieses Namens bedeutet, da diese Gruppe mit den grundlegenden Anschauungen der menschewistischen Partei Rußlands nichts gemein hat.

Es ist nicht anzunehmen, daß die abgesplitterte Gruppe großen Einfluß auf die lettische Arbeiterklasse gewinnen wird. Die einzige Arbeiterpartei Lettlands, die an den Grundgedanken des revolutionären Marxismus und an den Beschlüssen der Wiener Konferenz festhält, ist die alte sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, hinter der die große Masse der in jahrzehntelangem Klassenkampf geschulten Arbeiterklasse Lettlands steht.

Eröffnung der italienischen Kammer

Rom, 19. Juli.

Die Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Ministerpräsident Bonomi verlas Erklärungen des neuen Kabinetts, in denen es u. a. heißt, die allgemeine politische Richtung werde sich nicht ändern, aber die Regierung müsse von nun an ihre Absichten in der auswärtigen Politik, die den Anlaß zur Ministerkrise gebildet habe, in der wirtschaftlichen und Finanzpolitik, und auch in der inneren Politik klarstellen. Die auswärtige Politik sei natürlich durch das von Italien freiwillig übernommene Abkommen gebunden. Italien könne zur Wiederherstellung Europas entsprechend seinem Ruhm und seiner Ueberlieferung beitragen, ebenso habe es, sobald die Vereinigten Staaten in der Frage der Abrüstungskonferenz vorgegangen seien, sofort und warmherzig Americas Vorgehen zugestimmt, zumal es ja bereits eine Herabsetzung seines stehenden Heeres begonnen und im Völkervertrage schon einen ähnlichen Antrag gestellt habe. Zur adriatischen Frage bemerkte Bonomi: Diese Frage ist in ihren wesentlichen Zügen mit dem Vertrag von Rapallo gelöst, dessen Bedingungen geachtet werden sollen, denn über allen ehrgeizigen Bestrebungen steht die Ehre Italiens. Die Anwendung des Vertrages habe nicht die meisten Bedenken gegen die Abgrenzung des corpus separatum von Fiume. Die Regierung glaube, daß diese Frage vor allen Dingen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geprüft werden muß, um die wirtschaftliche Zukunft Fiumes sicherzustellen. Unter diesen Umständen ist der Weg der Verhandlungen und Verhandlungen der geeignete. Sobald erst der Staat Fiume endgültig gebildet sein wird, wird sich ein gangbarer Weg für Unterhandlungen finden. Jugoslawien und Fiume werden dann ihrerseits die Grenzfrage wieder aufnehmen können, mit der auch die Frage der Bildung eines Konjunktums der drei Staaten verknüpft ist. Auf diese Weise wird es möglich sein, Fiume ein Hinterland zu sichern, für dessen Erzeugnisse die natürliche und wirtschaftliche vorläufige Sammelpunkt ist. Die Regierung wird sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes beschäftigen und insbesondere seine Finanzlage stärken, die unaufsätzlich mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Wohlbefinden des Landes verknüpft ist. Bonomi schloß zusammenfassend, die Regierung wolle die ungelösten Fragen der auswärtigen Politik lösen, der wirtschaftlichen Krise entgegenzutreten und die völlige Autorität des Staates aufrecht erhalten. Für diese Aufgaben verlange sie das Vertrauen und die Mitarbeit des Parlaments und des Landes.

Ein neues Sommervergnügen Kaiser Karls?

In Ungarn rumort es wieder. Die Regierung des Grafen Bethlen ist in schweren Wägen, da sie nun auch von der Partei der kleinen Landwirte im Stich gelassen worden ist. Die innerpolitische Berührung scheidet infolge der reaktionären Politik des Kabinetts immer weiter vorwärts. Der Herr Reichsverweser möchte das Parlament gern auflösen, wehlt nur noch nicht, woher er die Zivilcourage dazu nehmen soll. Dazu kommen außerpolitische Schwierigkeiten, da in Kürze Westungarn an Deutsch-

Frauen durch den Präsidenten Harding überreichen ließen. Sie fuhr mit einem Sonderzuge von Cherbourg nach Paris mit der Kasse aus Blei und Holz, in der sich das Gramm befand und die sie nicht aus den Augen lassen konnte. Sicherheitsbeamte empfingen sie und ihr Mitbringen auf dem Bahnhof und führten sie in ihr Radiumlabor, wo die Kasse in dem Arbeitsraum von Frau Curie deponiert wurde. Sie ist 45 Zentimeter lang, 25 breit und wiegt ungefähr 80 Kilo. Die Radiumsalze, die darin sind, hat bisher noch niemand zu sehen bekommen. Denn der goldene Schlüssel, der lösbar ausgepackt ist, wird von Frau Curie aus sorgfältigster Verwahrung, seit ihn ihr Harding im Weißen Hause in Washington einhändigte. Er hängt an einem schwarzen Wolleband, das mit einem schönen Brillanten geschmückt ist, und trägt eine Inschrift, die auf die Stiftung und Ueberreichung Bezug nimmt. Das Gramm Radium wird den Gelehrten des Institutes von Frau Curie eine ganze Reihe wichtiger neuer Untersuchungen ermöglichen.

Ein italienischer Sängerkreis. Ein echt italienisches Lebensbild enthält eine Gerichtsverhandlung der letzten Tage. Zwei Bauern des Veroneses Rocco grimalda in der Provinz Alessandria, namens Alfa und Perfumo beschloßen eines Abends im Wirtshaus, einen Sängerkreis auszusuchen. Ein Richterkollegium wurde gebildet und hörte die beiden Preiskämpfer an, die Alfa aus dem „Troubadour“ und dem „Rigoletto“ sangen. Der Preis wurde Alfa zuerkannt, und der Verlierer mußte eine Maßke Wein bezahlen. Perfumo war durch seine Niederlage sehr verstimmt und fing mit Alfa Streit an, worauf er aus dem Gasthaus herausgeworfen wurde. Er lauerte aber dem Nebenbuhler auf dem Heimweg auf, und man hörte Schreie in der Nacht. Am nächsten Morgen fand man Alfas Leiche, von 12 Dolchstichen durchbohrt. Perfumo wurde daraufhin zu 8 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Charles Sealsfield: Die Erzählung des Obersten Morie (Schluß). — Luise Kautsky: Eine Fahrt nach Georgien. — Walter Eichbach: Junger, blinder Proletarier. — Wem gehört die Luft? — Mutter und Kind: Halskrankheiten im Kindesalter. Warum scheidet das Kind kurz nach der Geburt?

Tages-Notizen

Wiltshirerwähler. Das nächste öffentliche Volkskongress findet Freitag, 8. Abt. im Wiltshirer-Saal unter Leitung von Herbert H. Magerholt statt. Karten des Voritz, Engelstein 15; „Freiheit“, Breite Straße, Odeonsplatz 70; Wiltshirer.

Kunstausstellungen. Einziges Kunst-Kunstausstellung (Vereinsabende) Straße 30) Donnerstag 74. Uhr; Öffentliches Vortrag von Herbert H. Magerholt über die „Kunst der Zukunft“. — Der im Dezember 1918 begründete „Kunstkreis“ hat sich aufgelöst. — Ein solches gibt im „Sturm“ (Waldemar Str. 14a) eine Uebersicht über sein künstlerisches Schaffen.

Kleine Mitteilungen. Oswald Kubrjens Drama „Der Herr, der die Wälder kriegte“, das in den Sommerferien des Deutschen Theaters zur Ausführung gelangt, ist als Werk im Verlage des „Deutschen Theaters“, erschienen.

Oesterreich wird abgetreten werden müssen. Diese politisch gespannte Atmosphäre hat es Kaiser Karl angetan. Er hofft diesmal im Trüben einen besseren Fischzug durchführen zu können, und sein getreuer Diener, der eben freigesprochene Ministerpräsident Friedrich, scheint die Situation bereits für einen neuen Staatsstreich geeignet zu halten. Er beginnt politische Umtriebe gegen die jetzige Regierung und vor allem gegen den Reichsverweser. Am liebsten er die Offiziere, die noch immer aus dem Kaiser Karl schwören und denen der Gedanke des Herrn Hortin, einen neuen Wahlkönig zu schaffen, nicht monarchistisch genug ist. Vielleicht brütet die Zukunft ein neues politisches Wahprojekt in Ungarn aus. Vielleicht wird Mitteleuropa in neue politische Komplikationen durch die Abenteuerlust der ungarischen Monarchisten geführt.

Moskau vergewaltigt die Revolution

Die Vertreter der K. A. P. D. scheinen auf dem Moskauer Kongress sehr schlecht behandelt worden zu sein. Der Ruzschitsch und die dadurch eingetretene nahe Verbindung zwischen K. A. P. D. und K. A. P. D. hatte das Ansehen der Letzten bei denen sehr gehoben, die sich für die wirklichen, einzigen und echten Revolutionäre halten. Darum mußte sie gedeept werden. Bei der Debatte über die Taktik des Kommunismus, die in Moskau beschlossen wurde, wurde den Vertretern der kommunistischen Arbeiterpartei nur eine halb stündige Redezeit gewährt. Die Delegierten dieser Partei verzichteten darum gänzlich aufs Wort und verließen mit einzigem wahren revolutionärem Geopolter das Versammlungslokal. Und nun zieht die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, das Blatt der K. A. P. D., aus diesem Vorgang folgende Schlüsse:

„Was ist die Ergebnisse der 3. Internationale? Sie traf die Entscheidung, bevor die Frage der K. A. P. D. aufgeworfen werden konnte vor den Delegierten aller Länder. Sie stellte überraschend diese Frage an den Anfang des Kongresses.“

Sie billigte eine halbe Stunde Redezeit zu. In einer halben Stunde sollte die Frage zweijähriger revolutionärer Kämpfe entchieden werden. Entschieden werden vor Hunderten von Delegierten, die wenig oder gar nicht um die Sache wußten.

Man wollte eben die Vergewaltigung der Revolution.

Unter der demagogischen Maske: die K. A. P. D. kann noch später zu allen Fragen sprechen, erbat und erhielt man von seinen oder unwissenden Delegierten die Vorwegnahme einer Entscheidung, die nur nach tiefgehender Begründung gefällt werden konnte.

Die Delegierten der K. A. P. D. haben die richtige Antwort gegeben.

Sie haben es abgelehnt, durch Beteiligung an einer Farce sich mitschuldig zu machen an einer Täuschung des internationalen Proletariats.“

Was man einwirken nur aus Gründen des Humors zu registrieren braucht, ohne es ernst zu nehmen, denn es hat sich schon mehrfach gezeigt, daß für den Verkehr der beiden kommunistischen Gruppen untereinander das Wort Geltung hat: Vad schlägt sich, Vad vertritt sich!

Die hohen Löhne

Das Märchen, daß die angeblich so hohen Löhne an den Preissteigerungen Schuld sind, wird in weiten Kreisen immer noch geglaubt, und die bürgerliche Presse benutzt jede Gelegenheit, um diesen Aberglauben zu erhalten. Jetzt wendet sich Ludwig Wimmer im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ gegen diese Fälschung. Die Kritiker seien, schreibt er, über die tatsächliche Lohnhöhe meist falsch unterrichtet. Wenn Außenstehende das Märchen glauben, so sei es immer noch verständlich, aber verwerflich sei es, wenn auch Unternehmer sich bestreihen, diese Unwahrheit zu verbreiten. Vor allem sei in den Konsumentkreisen völlig unbekannt, wie hoch in den einzelnen Fällen die Unternehmerzuschläge sind und wie stark das Produkt durch sie verteuert wird. Er führt als Gegenbeweis eine Reihe von Beispielen aus den Arbeiterkategorien an, die direkt mit der Kundschast zu tun haben, wie Inflationen usw. Als Beispiel für das Verhältnis zwischen dem Lohn und dem Ausschlag des Unternehmers hebt er z. B. hervor, daß in einer Rechnung, in der ein Tarifstundenlohn für einen Monteur von 5,50 M. in Anrechnung kam, ein Unternehmerzuschlag auf diesen Stundenlohn von 4,50 Mark oder 81,1 Prozent genommen worden ist. Wimmer schließt zum Schluß:

„Was wir aber verlangen, das ist, daß der Unternehmer auch selbst jenseitig aufbringt, seinen Bedarf gegenüber der Kundschast und somit gegenüber der Öffentlichkeit verteidigt, wie auch die Arbeiterkategorie ihr Recht zum Leben verteidigt und verteidigen muß. Gegen was wir uns wenden und wenden müssen und zu wenden berechtigt sind, das ist, daß Unternehmer ganzer Industrien und Berufe unter dem stillen Vorwand der „hohen“ Löhne das Publikum und die Öffentlichkeit gegen die Arbeiterkategorie aufregt, aber den eigenen höheren Bedarf dabei sicherstellt unter Ausnutzung der hohen Löhne. Die Unternehmer sollen den Mut aufbringen, neben der Angabe des den Arbeitern tatsächlich gezahlten Lohnes auch den eigenen Bedarf in Rechnung zu stellen.“

Dieses von Wimmer angeführte Beispiel siehe sich endlos vornehmen. Es zeigt, daß es von der bürgerlichen Presse, die das Verhältnis zwischen Lohn- und Unternehmergewinnen natürlich genau kennt, bewußter Schwindel ist, wenn sie das Märchen von der verteuerten Wirkung der Löhne verbreitet. Und es ist kaum zu erwarten, daß dieses Urteil eines christlichen Gewerkschafters den bürgerlichen Blättern maßgebend sein und sie zu einem anderen Benehmen veranlassen wird, denn sie erblicken eine ihrer vornehmsten Aufgaben ja auch darin, die Konsumentkreise gegen die Arbeiter aufzuheben. Dennoch bleibt dieses Urteil Wimmers wertvoll gegenüber dem Geschrei der Unternehmer nach Lohnabbau.

Preissteigerungen im Großhandel

Die andauernd niedrige Bewertung der deutschen Reichsmark im Ausland wirkt sehr nachhaltig auf die Warenpreise in Deutschland, da wir zu einem großen Teil auf den Bezug von Rohstoffen aus anderen Ländern angewiesen sind. In den letzten 4 Wochen haben sich von den 77 Waren, die die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Berechnung für den Großhandelsindex berücksichtigt, bei 39 die Preise verändert, davon sind sie bei 29 in die Höhe gegangen. Die Steigerungen sind zum Teil recht erheblich. Während in der vorigen Berechnung noch der Preis für alte Kartoffeln zugrunde gelegt wurde, mußte diesmal der für neue um 195 Punkte höhere herabgesetzt werden. Der auf den 2. Juli berechnete Großhandelsindex hat sich auf 125,4 erhöht, zeigt also eine Zunahme um 8,4 Punkte und nähert sich damit dem Stande vom Februar. Diese Aufwärtsbewegung entspricht der Wertabnahme, steht aber nicht im Einklang mit der internationalen Preiskurve, die immer weiter abwärts geht. Die Entwertung der deutschen Geldes äußert sich also neuerdings in einem scharfen Anziehen der Preise und einer Belastung der Verbraucher.

3. Ueberzeugung, daß die Grundlage dieses Fortschritts das Bemühen ist, daß jedes Individuum soziale Verpflichtungen und Rechte hat.

4. Ueberzeugung, daß die Verwirklichung dieses Fortschritts, der sich auf die Willensrichtung sowohl der einzelnen wie der Gemeinschaft aufbaut, nicht Kampf, sondern brüderliches Zusammenarbeiten der Menschen erfordert.

5. Ueberzeugung, daß die Gesellschaft, die gegenwärtig diese Prinzipien ablehnt, ihnen gemäß umgebildet werden muß.

Mit Anfragen und Zustimmungserklärungen wollte man sich wenden an M. Jean Luchaire, Generalsekretär des „Effort“, 2 Rue Klotow, Paris VIe.

Die Nationalisierung der russischen privaten Kunstsammlungen. Aus Moskau ist wiederholt gemeldet worden, die Regierung bereite die Nationalisierung aller in Privatbesitz befindlichen Kunstwerke vor. Wie Paul Ettlinger, ein in Moskau lebender Kunstsachverständiger, jetzt im „Cicero“ berichtet, ist von einer allgemeinen Nationalisierung abgesehen worden. Nur die großen Moskau-Privatsammlungen wurden zum Staatseigentum erklärt. Es handelt sich besonders um die Galerien Schtschukin und Worosow mit ihren wunderbaren Schätzen neuester französischer Malerei. Besonders die erste, die jetzt „Erstes Museum neuerer westlicher Malerei“ heißt, ist in ihrem alten Hause in neu gehängter Form ein imposantes Kulturdenkmal einer Galerie, die von den großen Impressionisten bis zu Watteau, Picasso, Derain reicht. Alle diese Künstler und noch manche andere haben eigene Säle. Als öffentliches Porzellanmuseum wurde die Privatsammlung Alexei W. Worosow eröffnet. Die kleineren Sammlungen wurden ihrem Besitzer belassen, doch mußten sie zwangswise in dem Moskauer „Hauptamt für Museumsangelegenheiten“ registriert und zum Schutz der Kunst-Altertümer- und Naturdenkmäler“ registriert werden, wie überhaupt jeder künstlerische Privatbesitz. In der Praxis läßt sich das natürlich schwer durchführen, und diese Registrierung wird daher nicht allzu streng genommen. Die Oberleitung des weitverzweigten Moskauer Hauptamtes hat die Gattin

Schwerer als der Moskauer Kunstbesitz ließ sich der der weiten russischen Provinzen sichern; aus den meist herrlichen gebliebenen, oft historischen Vandalen der russischen Aristokratie galt es, viele bedeutende Kunstwerke, Bibliotheken, Archive, wertvollen alten Hausrat, kostbares Porzellan zu sichern. Ehe die Fiktionen für provinziellen Denkmalschutz, jetzt 70, einleitet wurden, ging natürlich vieles zugrunde oder kam fort. Bei ihrer Arbeit haben die Gelehrten des Denkmalsamtes häufig Ueberraschungen oder unbekannte Werke erster Meister nichtutage fördern können. Wirkliche Kunstsammler hat es unter den russischen Landbesitzern nur sehr selten gegeben.

Ankunft eines Grammes Radium aus Amerika. Frau Curie hat jetzt unter ungewöhnlichen Vorsichtsmaßnahmen das kostbare Gramm Radium nach Paris gebracht, das ihr die amerikanischen

Groß-Berlin

Ohrfeigen

Nichts ist verlagener als die bürgerliche Presse. Man kann an die Schwindel- und Tendenznachrichten denken, die die kapitalistischen Blätter und ihre Soldaten in den Redaktionsstuben fabrizieren...

Es ist da wenig Unterschied zwischen Großstadtblättern und Zeitungen der Provinz, die zudem doch meist nur ein Abklatsch der ersteren sind. Es kommt den kapitalistischen Zeitungsunternehmern hauptsächlich darauf an, dem „Geschmack“ einer verbildeten, großen Menge zu dienen...

Man kann leider einer großen Menge von Arbeiterfrauen und Frauen des Angeheulsten- und kleinen Bürgertums — also vielen Frauen des gesamten heutigen Proletariats die Feststellung nicht ersparen, daß auch sie an solchen verlogenen Produkten Gefallen finden und das Geschreibsel dieser Romanfabrikantinnen eifrig lesen...

Schon neulich glorierte die „Freiheit“ in einer Vorkasspige die Modedesigns der Bourgeoisie. Das Berliner Tageblatt brachte mittlerweile eine Reihe weiterer Artikel, die sich mit ähnlichen Themen befassen. Derartige Schmierereien in Tageszeitungen und Zeitschriften sind ein Hohn auf unsere Zeit...

Der empfindet die Ohrfeigen, die die bürgerlichen Blätter ihren Lesern verabreichen, in dem sie denartige Artikel für Kleiderfabriken aus Kriegsgewinnlerzunft veröffentlichen? Man sollte meinen; jebeder! Und darum müßte jeder das Seinige dazu beitragen...

Der Haushalt der städtischen Güter

Durch die bürgerliche Presse macht die Notiz einer Korrespondenz die Kunde, in der Zahlen über die städtischen Güter mitgeteilt werden. Berlin und die ihm einverleibten Gemeinden haben zusammen 22 Güter, dazu kommen eine Saaizugstelle...

Diese Zahlen kommentiert die bürgerliche Presse in der Weise, daß sie den angegebenen geringen Ueberflüß als unzureichend bezeichnet, um die durch die Bewilligungen der Gutsarbeiterforderungen entstehenden Mehrausgaben zu decken. Dies Zahlenmander ist ebenso durchsichtig als plump...

einheitliche Leitung von Groß-Berlin kommen, gestatten wird, muß abewartet werden. Auf jeden Fall ist es verfrüht, aus einer willkürlichen Zusammenstellung der vorjährigen Zahlen auf die Ergebnisse des kommenden Jahres zu schließen...

Das Wohlfahrtsministerium gegen Hotelaufbau. Wie die B. B. N. erfahren, ist loeden eine Anordnung des preußischen Wohlfahrtsministeriums ergangen, wonach die Verwendung von Hotels zu anderen Zwecken als denen des Hotelbetriebes, insbesondere zu Geschäfts- und Bureauzwecken...

Munitionsexplosion auf dem Schießplatz Wildau. Gestern mittag ereignete sich auf dem Schießplatz Wildau bei Königswusterhausen ein schweres ExploSIONSUNGÜNDIG. Dort werden seit längerer Zeit auf den von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik an die Firma Rudolf Schmidt vermieteten Schießständen Handgranaten und Geschosshülsen verlesen...

Der Goldschäfer in der Kellerrwohnung. Am 11. Juli starb im Krankenhaus die von der Armendirektion jahrelang unterstützte Witwe Karoline Dümke, die in den allerärmsten Verhältnissen in einer Kellerrwohnung des Hauses Schulstraße 21 hauste. Nachdem sie schon vor einigen Wochen wegen eines Leidens Aufnahme im Krankenhaus gefunden hatte, wurde sie bald nach ihrer Rückkehr geistesgestört...

Tod durch Verbrühung. Einen einseitigen Tod erlitt das fünf Jahre alte Töchterchen Charlotte des Ehepaars Böhm aus der Kreuziger Straße 7. Frau Böhm hatte Kaffee gelocht und die Kanne mit dem heißen Kaffee auf die Kochmaschine gestellt...

Voransichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Kühler, veränderlich, überwiegend bewölkt, bei mäßigen westlichen Winden. Etwas Regen und Gewitterneigung.

Gewerkschaftliches

Gewerkschaft intellektueller Arbeiter in Frankreich

Der „Berliner Tagewacht“ entnehmen wir: Die durch den Krieg herbeigeführte Verschlimmerung der materiellen Lage der intellektuellen Arbeiter, führte diese in einigen Ländern dazu, denjenigen Weg zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage zu beschreiten, der von den Arbeitern schon längst beschritten worden war, d. h. zur gewerkschaftlichen Organisation...

Deutschnationales Kriechertum

Das Organ des Zentralverbandes der Angestellten „Der freie Angestellte“ ist in der Lage, einen langen offenen Brief des Deutschnationalen Handlungsgewerkschaftsverbandes (D. N. H.) der Ortsgruppe Gera an den Arbeitgeberverband für Gera und Umgebung datiert vom 19. Juni 1921, zur Kenntnis zu bringen. Dieser Brief, der um das Wohlwollen der Unternehmer bittet, teilt mit, daß „nicht nur einseitig die Belange der Angestellten“ wahrgenommen werden...

Weiter kann eine Selbstentäußerung wohl nicht getrieben werden. — Wir bedauern die Mitglieder dieser „Gewerkschaften“,

solchen Helden die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen übertragen zu wissen. Es ist eben eine schwierige Sache, den treuherzigsten nationalen Gedanken zu pflanzen und wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen...

Jeder Metallarbeiter

der die Schlagkraft seiner Organisation erhöhen und die Geschlossenheit bewahren will, wählt zum Verbandstag die Delegierten der Beginnend mit dem Namen Karl Albrecht

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Galanteriebranche. Am 14. Juli fand eine Branchensammlung der Album-, Mappen- und Galanteriebranche im Dresdener Garten statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über die Tarifverhandlung in Offenbach a. M.; 2. Verschiedenes...

Die am Donnerstag, den 14. Juli 1921 im Dresdener Gartentage Branchensammlung der Album-, Mappen- und Galanteriebranche nimmt Kenntnis von den Verhandlungen in Offenbach a. M. und weiß mit Enttäufung die angebotenen 2 1/2 Prozent zurück. Sie erklärt in dem Ergebnis eine Proportionalität des Unternehmens und stellt die Forderung des Existenzminimums entgegen...

Die Flegschaft der Dynos-Werke, Berlin-Tempelhof, hielt am 16. Juli eine Betriebsversammlung ab. Als leinerzeit unsere Geworbenen den Vorschlag machten, vorläufig zu arbeiten, um die Arbeitslosen zu beruhigen, wurde dieser einzig mögliche Weg, der momentan eine kleine Abhilfe bringen kann, von den „revolutionären“ A. A. B. D.-Leuten abgelehnt...

U. S. B. D.-Funktionäre des Metallarbeiterverbandes. Heute abend 7 Uhr, findet in der Böhlow-Bräuerei, Prenzlauer Allee 242, eine Funktionärskonferenz statt. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren. Material wird dort ausgegeben. Erscheinen in Parteilichkeit.

Zum Streik in der Geschäftsbuchbranche. Zu der Mitteilung, die wir in der Dienstag-Morgennummer brachten, teilen wir mit, daß wir diese Notiz nicht vom Verband, sondern von der Streikleitung bekamen.

Parteiveranstaltungen

Beitrag der Frauarbeit und Kinderkulturmessen und Konferenzen. Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung in der Arbeiterbildungsstätte, Breite Str. 54. Vortrag der Frau S. über „Mutter und Organisation“. U. S. B. D.-Funktionäre der Arbeiterbildung sollen unbedingt anwesend sein.

Mittwoch, 20. Juli.

Friedrichshagen. Abends 8 Uhr im Restaurant Tempel, Tringener-Allee, 65 Mährische Str. Aufheben des Spendenbuches. Die gemächliche Sitzung der Arbeitsgemeinschaft findet heute Mittwoch, jedoch am Freitag abend 7 Uhr bei Kappeler Lichtergasse 20, Schilkestraße, statt.

Donnerstag, 21. Juli.

1. Abends, 7 1/2 Uhr Zusammenkunft der Delegierten zum Wahlakt bei Kappeler Lichtergasse 20.

Freitag, 22. Juli.

11. Pforten (Lichter 9). Vorm. 10 Uhr an der Unterfankelstraße im Friedrichshagen. Die Gewerkschaften werden gebeten, sich zu beteiligen. Die Gewerkschaften werden gebeten, sich zu beteiligen.

Sonntag, 23. Juli.

17. Pforten. Abends 7 Uhr Parteikonferenz in der Arbeiterbildungsstätte, Breite Str. 54. 19. Abends 7 Uhr Parteikonferenz in der Arbeiterbildungsstätte, Breite Str. 54.

Bereinsammler

Donnerstag, 21. Juli.

Zentralverband der Angestellten, Hies- und Außenstellen-Konferenz. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Breite Str. 54, U. S. B. D. Clubraum.

Verantw. für Politik u. Wirtschaft: Leo Stiehler, Berlin-Tempelhof; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftsfragen: Max H. S. S. S., Berlin; für die Arbeiterbildung und die Arbeiterbildung: Max H. S. S. S., Berlin; für die Arbeiterbildung und die Arbeiterbildung: Max H. S. S. S., Berlin.

Rauchtabak Münzen

Pfund 18 Mark Münzen. Sammlung von 22 Münzen. Münzen. Münzen. Münzen.

Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt

Unter diesem Titel erschien loeden, von Hans Harkmak verfaßt, das fünfte Heft der „Proletarischen Jugend“. Die Schrift ist ein Wegweiser für die Jungen und auch für die Alten.

Preis 2.50 Mark

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2 / Breite Str. 8-9

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verlags. — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Grid of small advertisements including: Arbeiterstraglerstiefel, Möbel, Koffer, Fahrräder, Wertzeuge und Maschinen, Kaufgesuche, Geldverkehr, Verschiedenes, Inserate.